



Konsumenten- stimme

Fakten, Zahlen und Hintergründe
Nummer 1 / 2022

[comparis.ch](https://www.comparis.ch)

Editorial



Felix Schneuwly
Head of Public Affairs
comparis.ch

Die erste Konsumentenstimme dieses Jahres kommt in einem neuen Layout daher. Wir hoffen, dass es Ihnen ebenso gefällt wie der Inhalt. Eine Expertin und drei Experten setzen sich mit der Inflation auseinander.

Alexandra Janssen schätzt die Inflationsrisiken als beträchtlich ein und weist darauf hin, wie wichtig es angesichts der Inflation im US- und Euro-Raum weiterhin ist, die Kraft eines flexiblen Schweizer-Franken-Wechselkurses zu nutzen. → [Seite 2](#)

Mathias Binswanger weist darauf hin, dass sich die Inflation in der Schweiz weiter von der Realwirtschaft auf die Immobilienpreise verlagert. Doch diese Preisanstiege kommen wie die Krankenkassenprämien im Konsumentenpreisindex nicht zum Ausdruck. → [Seite 4](#)

Daniel Lampart sieht in einer möglichen Inflation auch Chancen. Die Normalisierung der Zinsen würde Druck aus der Altersvorsorge nehmen und generelle Lohnerhöhungen ermöglichen. → [Seite 5](#)

Michael Graff weist auf das stärkere Wachstum der Grundversicherungsprämien im Vergleich zu anderen Budgetposten der Privathaushalte hin. Seine Analyse zeigt, dass die Anzahl im Haushalt lebender Kinder keine systematischen Auswirkungen auf den Anteil der Gesundheitsausgaben im Haushaltsbudget hat, das Alter der im Haushalt lebenden Personen aber schon. → [Seite 7](#)

Was keiner der vier Experten erwähnt: Wie die Pandemie öffnet auch die Inflation die Schere zwischen Arm und Reich, egal ob man die Chancen oder Risiken in den Vordergrund stellt.

Insel im Inflationssturm?



Dr. Alexandra Janssen
Ökonomin und Leiterin der
Vermögensverwaltung innerhalb
der ECOFIN-Gruppe

Die Inflation ist zurück. In den USA und im Euroraum stieg die Inflation im letzten Jahr auf die höchsten Werte seit vierzig Jahren. Die Risiken, die mit der Inflation am Horizont erscheinen, sind auch für die Schweiz beträchtlich.

Angetrieben von stark steigenden Geldmengen, tiefen Zinsen, hohen Staatsausgaben und Lieferengpässen, sind die Preise in den USA und in der Eurozone 2021 auf breiter Front angestiegen. Die Inflation ist zurück. Sie ist zu Recht ein Schreckgespenst: Sie entwertet Ersparnis, führt zu Preisverzerrungen auf dem Immobilien- und Aktienmarkt und sendet falsche Preissignale. Schon die Erwartung einer anziehenden Inflation führt zu höheren Löhnen und höheren Ausgaben, was wieder die Preise nach oben treibt. Dieser selbstverstärkende Effekt macht die Inflationsdynamik komplex. Nicht einmal Zentralbanken sind in der Lage, die Inflation zu prognostizieren.

Umso wichtiger ist es, dass Zentralbanken jederzeit handlungsfähig sind, eine ansteigende Inflation zu bremsen. Doch die amerikanische Zentralbank (Fed) und die Europäische Zentralbank (EZB) haben mit der Geldpolitik der letzten Jahre die eigene Handlungsfähigkeit weitgehend verloren. Sie haben in hohem Umfang Staatsanleihen ihrer eigenen Länder gekauft und die Märkte mit billigem Geld geflutet. Die Zentralbanken sind heute die wichtigsten Gläu-



biger ihrer Länder, und die Märkte sind abhängig vom billigen Geld. Das Abwerfen dieses viel zu grossen Geldkleides würde schmerzhaft. Die hochverschuldeten Staaten müssten höhere Schuldzinsen bezahlen, und die Preise verschiedener Anlagen würden deutlich nach unten korrigiert. Die Bekämpfung der Inflation würde mit erheblichen Kosten einhergehen. Obwohl niemand weiss, was passieren wird: Die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Fed und der EZB ist in Zeiten ansteigender Inflation eine ungünstige Ausgangslage.

« Wichtig ist, die Kraft eines flexiblen Schweizer-Franken-Wechselkurses zu nutzen. » Dr. Alexandra Janssen

Verwerfungen in den USA und im Euroraum würden die Schweiz auch treffen. Doch die Schweiz befindet sich im Vergleich zu den USA und der Eurozone in einer deutlich besseren Situation. Dies ist vor allem unseren Gesetzen zu verdanken, die es verunmöglichen, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) in grösserem Stil Schweizer Staatsausgaben finanzieren kann. Um die Schweiz als geldpolitisch sicheren Hafen zu bewahren, muss die SNB weiterhin unabhängig ihre Geldmenge kontrollieren können. Es darf nicht sein, dass politische Begehrlichkeiten den Handlungsspielraum der SNB einschränken. Wichtig ist, die Kraft eines flexiblen Schweizer-Franken-Wechselkurses zu nutzen. Kann sich der Schweizer Franken in Zeiten ausländischer Inflation aufwerten, fängt die Wechselkursänderung einen Teil der ausländischen Inflation auf. Auf diese Weise kann die SNB für die Schweiz eine bessere Ausgangslage schaffen, als ausländische Zentralbanken dazu in der Lage sind.

Politik und Wissenschaft sollten von ihrem Ruf nach einem Staatsfonds ablassen, mit dem die SNB ihres wichtigsten Instrumentes zur Preisstabilisierung beraubt würde. Sie sollten die Unabhängigkeit der SNB stärken, damit Anleger und Unternehmer in der Schweiz nicht unnötigerweise nur den Inflationsrisiken ausgesetzt sind, sondern auch die Chancen, die sich bieten werden, wahrnehmen können.

die zahl 0,6 Prozent

betrug die durchschnittliche Inflationsrate im Jahr 2021. Aufgrund der Corona-Krise war die Rate im Jahr 2020 auf -1,3 Prozent gefallen. Danach stiegen die Preise an und verharrten auf vergleichsweise hohem Niveau.



Inflation in der Schweiz: Ein Dauerphänomen?



Mathias Binswanger

Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz

Nach langer Pause meldete sich im Jahr 2021 die Inflation zurück. Handelt es sich dabei um ein dauerndes Phänomen oder wird sie sich 2022 wieder abschwächen?

Im Euroraum betrug die Inflationsrate im Dezember im Vergleich zum Vorjahresmonat 5,0 Prozent und erreichte damit den höchsten Wert seit Bestehen des Währungsraums. In den USA lag der Anstieg des Konsumentenpreisindex im Dezember sogar bei 7 Prozent. Ein Wert, der seit 1982 nie mehr erreicht wurde. Im Vergleich dazu ist die Entwicklung in der Schweiz einmal mehr bescheiden. Die Inflation lag hierzulande im Dezember bei 1,5 Prozent. Doch auch das ist der höchste Wert seit langer Zeit.

Woran liegt es also, dass die Inflation sich im Jahr 2021 so unvermittelt zurückgemeldet hat? Der Hauptgrund liegt bei kurzfristigen Phänomenen, die im Jahr 2021 zusammengekommen sind. Da sind einerseits die steigenden Energie- und insbesondere Gaspreise. Diese Anstiege waren aber zu einem Teil einfach Korrekturen der in den Jahren 2019 und 2020 stark gefallen Preise fossiler Energieträger. Es handelt sich also um eine Rückkehr in die Normalität. Zwar dürften die Energiepreise auch 2022 noch zunehmen, aber die Preissteigerungen werden sich aller Voraussicht nach verlangsamen bzw. an ein Ende gelangen.

« Die jetzige Inflation beruht auf kurzfristigen Phänomenen. » Mathias Binswanger

Ausserdem gab es im Jahr 2021 eine für die Preisstabilität ungünstige Kombination aus Lieferengpässen in verschiedenen Branchen und einer durch staatliche Konjunkturprogramme wieder angeheizten Nachfrage. Dieser Effekt war in den USA besonders stark, wo seit 2020 mit diversen Programmen enorme Summen an Geld in die Wirtschaft gepumpt wurden. Aber auch dieser Effekt wird sich längerfristig kaum fortsetzen, so dass der inflationäre Druck wieder abnehmen wird.

In der Schweiz war der Effekt steigender Energiepreise Ende 2021 ebenfalls zu spüren, wenn auch in wesentlich geringerem Ausmass als in der EU oder den USA. Grund dafür ist der geringere Anteil an fossilen Energieträgern am Energiemix, da in der Schweiz Wasserkraft und auch noch Atomenergie eine bedeutende Rolle spielen. Betrachten wir nochmals die Inflationsrate bis Dezember 2021, dann war Haupttreiber der Verkehr mit 7,2 Prozent, gefolgt von Wohnen und Energie. In diesen Bereichen haben Energiepreise einen starken Einfluss. Klammern wir die Energiepreise (sowie die Lebensmittelpreise) aus und betrachten die sogenannte Kerninflation, dann lag der Anstieg im Dezember lediglich bei 0,7 Prozent.

Lieferengpässe haben in der Schweiz hingegen kaum zu Preissteigerungen geführt. Das liegt auch daran, dass die Nachfrage nicht mit staatlichen Konjunkturprogrammen weiter angeheizt wurde. Und für 2022 gibt es bereits wieder Entwarnung. Laut neuester Prognose des SECO werden die Konsumentenpreise in der Schweiz im Jahr 2022 «nur» um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen. Die Engpässe dürften sich abschwächen.



Kurzfristig sieht es also nicht danach aus, dass Inflation als Dauerphänomen zurückkehrt. Doch einige Ökonomen sehen noch ein weiteres Problem. Die wichtigsten Zentralbanken verfolgen seit der Finanzkrise im Jahr 2009 eine in der Pandemie nochmals verstärkte, extrem expansive Geldpolitik, die in Zukunft gefährlich werden könnte. So ist etwa der deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn der Meinung, dass die riesige Geldmengen-Ausweitung durch die EZB eine tickende Inflations-Zeitbombe sei.

Dieses Argument ist seit der letzten Finanzkrise regelmässig zu hören. Der befürchtete Anstieg der Inflation kam allerdings nie. Das ist nicht überraschend, denn es kam auch zu keinem beschleunigten starken Anstieg des in den Wirtschaften zirkulierenden Geldes, welches mit den Geldmengenaggregaten M1, M2 oder M3 gemessen wird. Eine wirkliche Explosion erlebte nur das Zentralbankengeld (M0), welches hauptsächlich die Guthaben der Geschäftsbanken bei der Zentralbank erfasst. Die mit der expansiven Geldpolitik verbundenen historisch tiefen oder sogar negativen Zinsen stimulierten kaum Kredite an Unternehmen, sondern in erster Linie Hypothekarkredite. Fliesst neu geschaffenes Geld aber auf den Immobilienmarkt, dann beginnen dort und nicht in der Realwirtschaft die Preise zu steigen. Die Inflation hat sich damit von der Realwirtschaft auf den Immobilienmarkt verlagert und wird sich auch 2022 weiter verlagern. Doch diese Preisanstiege kommen im Konsumentenpreisindex nicht zum Ausdruck.

Teuerung: Risiken und Chancen



Daniel Lampart
Leiter des SGB-Sekretariates
und SGB-Chefökonom

Nach über 10 Jahren Pause ist die Teuerung zurückgekehrt. Wenn sie nicht überbordert, bietet sie zahlreiche Chancen. Eine Normalisierung der Zinsen würde Druck aus der Altersvorsorge nehmen. Und sie führt dazu, dass es wieder generelle Lohnerhöhungen geben kann.

Die Corona-Krise hat die Teuerung aus ihrer mehr als 10 Jahre dauernden Pause geholt. Insbesondere in den USA, aber auch in Teilen Europas sehen wir erstmals wieder Teuerungsraten von mehr als 5 Prozent. In der Schweiz ist sie mit rund 1,5 Prozent noch relativ tief.

Momentan sind es vor allem Sonderfaktoren, welche die Inflation in die Höhe treiben. Ungefähr die Hälfte des Preisanstiegs kommt von den höheren Ölpreisen. Zusätzlich gibt es Lieferengpässe bei den importierten Konsumgütern und Vorprodukten, welche zusammen mit den gestiegenen Transportkosten zusätzlich die Preise hochtreiben.

« Die Teuerung ist ein realwirtschaftliches Phänomen. » Daniel Lampart

Unter Ökonomen ist es nach wie vor umstritten, ob die Teuerung nur vorübergehend oder dauerhaft höher ist. Der Ölpreis-Effekt dürfte gemäss heutigen Informationen nach und nach auslaufen. Die Frage der Lieferengpässe ist anspruchsvoller. Denn mittlerweile gibt es nicht nur akute Engpässe, sondern auch Produktionsrückstände, die aufgeholt werden müssen. Damit die Teuerung dauerhaft höher ist, braucht es aber noch mehr. Nämlich eine anhaltend gute Wirtschaftslage verbunden mit entsprechenden Kosten- oder Lohnerhöhungen.



Im Unterschied zu dem, was in den Ökonomie-Lehrbüchern der Grundstufe steht, ist die Teuerung ein realwirtschaftliches Phänomen. Ich habe noch nie eine Firma gesehen, welche die Preise erhöht, weil die Geldmenge gewachsen ist. Die Preise steigen dann, wenn die Kundinnen und Kunden bereit sind, höhere Preise zu zahlen. Es braucht eine gute Wirtschaftslage mit entsprechenden Knappheiten auf den Märkten, so dass Kundinnen und Kunden Schlange stehen. Wenn die Wirtschaft schlecht läuft und die Firmen auf ihren Produkten sitzen bleiben, sind Preiserhöhungen schwierig.

Wenn dann noch die Produktionskosten steigen, facht das die Teuerung zusätzlich an. Denn die Firmen können ihre höheren Kosten relativ einfach auf ihre Kundschaft überwälzen. Die Löhne gehören zu den grössten Kostenblöcken. In der Hochkonjunktur ist es viel einfacher, Lohnerhöhungen auszuhandeln, als in der Rezession. Weil die Firmen Gewinne machen und das Geld dafür haben. Und weil sie wegen des Personalmangels die Löhne erhöhen müssen, um attraktiv zu sein. In der Ökonomie spricht man auch von einer Lohn-Preis-Spirale. Steigende Löhne führen zu höheren Preisen. Und die höheren Preise wiederum ziehen höhere Lohnforderungen nach sich, weil die Arbeitnehmenden den Teuerungsausgleich fordern. Momentan hinken die Löhne weltweit der Teuerung hinterher. Die Reallöhne sinken. Wenn die Teuerung aber länger hoch bleibt und die Arbeitslosigkeit weiter zurückgeht, sollte sich das ändern.

« Die Teuerung würde viele Probleme lösen, solange sie nicht überbordet. » Daniel Lampart

Endlich etwas Teuerung würde viele Probleme lösen. Die Zinsen beginnen zu steigen, was beispielsweise zu einer Normalisierung in den Pensionskassen führen würde. Generell ist die Teuerung besser als ihr Ruf – solange sie nicht überbordet. Denn sie erleichtert den Strukturwandel in der Wirtschaft und gibt den Nationalbanken mehr Spielraum in der Konjunkturpolitik. Und sie führt dazu, dass es wieder Lohnverhandlungen gibt, bei denen alle Lohnerhöhungen erhalten können. Denn die Teuerung stärkt die kollektiven Lohnverhandlungen. Vorausgesetzt natürlich, dass die Arbeitnehmer und Gewerkschaften auch eine aktive Lohnpolitik betreiben.



Gesundheitskosten und Inflation



Michael Graff

Bereichsleiter Konjunktur an
der ETH Zürich

Ältere und ärmere Haushalte sind in der Schweiz wegen steigender Krankenversicherungsprämien mit höheren Gesundheitsausgaben konfrontiert als der durchschnittliche Haushalt, aber nicht durch die Entwicklung der Gesundheitskosten in der offiziellen Inflationsrate.

Zum hiesigen Selbstverständnis gehört die Überzeugung, das Schweizer Gesundheitssystem sei zwar teuer, ansonsten aber vorbildlich. Ein kurzer Blick auf die internationale Statistik der Weltbank zeigt, dass das zumindest in einer Hinsicht zutrifft. Unter den 38 OECD-Ländern sind die gesamten Gesundheitsausgaben im Verhältnis zum BIP nur in den USA höher als in der Schweiz, und das Gleiche gilt für die Gesundheitsausgaben pro Kopf¹. Ob dies mit entsprechenden Leistungen einhergeht, sei hier dahingestellt. Hinzu kommt aber, dass sich die Finanzierung der Gesundheitsausgaben in der Schweiz deutlich von der in den anderen reichen Ländern unterscheidet, wo staatliche oder parastaatliche Finanzierung und Leistungserbringung eine wesentlich stärkere Rolle spielt als hierzulande. Beim staatlichen Anteil an den Gesundheitsausgaben steht die Schweiz mit knapp über 30 Prozent ganz zuunterst. Das ist politisch durchaus gewollt, daraus folgt aber notwendigerweise, dass die Gesundheitsausgaben viel stärker bei den direkt Betroffenen anfallen.

« In der Schweiz sind die privaten Gesundheitskosten am höchsten. » Michael Graff

So steht die Schweiz beim Anteil der privaten Gesundheitskosten (inkl. Krankenversicherung) an den Gesamtkosten mit fast 70 Prozent weit vor allen anderen, ebenso bei der Höhe der direkten privaten Gesundheitskosten pro Kopf (Franchisen, Zuzahlungen und nicht versicherte Gesundheitsleistungen).

Angesichts dessen ist es nicht verwunderlich, dass die Entwicklung der privaten Gesundheitsausgaben in der Schweiz ein hochpolitisches Thema ist. Seit der Einführung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) 1996 sind die Prämien deutlich stärker gestiegen als das im Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) abgebildete allgemeine Preisniveau, und da die Prämien nach den Risiken, nicht aber nach den Einkommen differenziert sind, leiden insbesondere die einkommensschwächeren Haushalte an einer Erosion ihrer Kaufkraft.

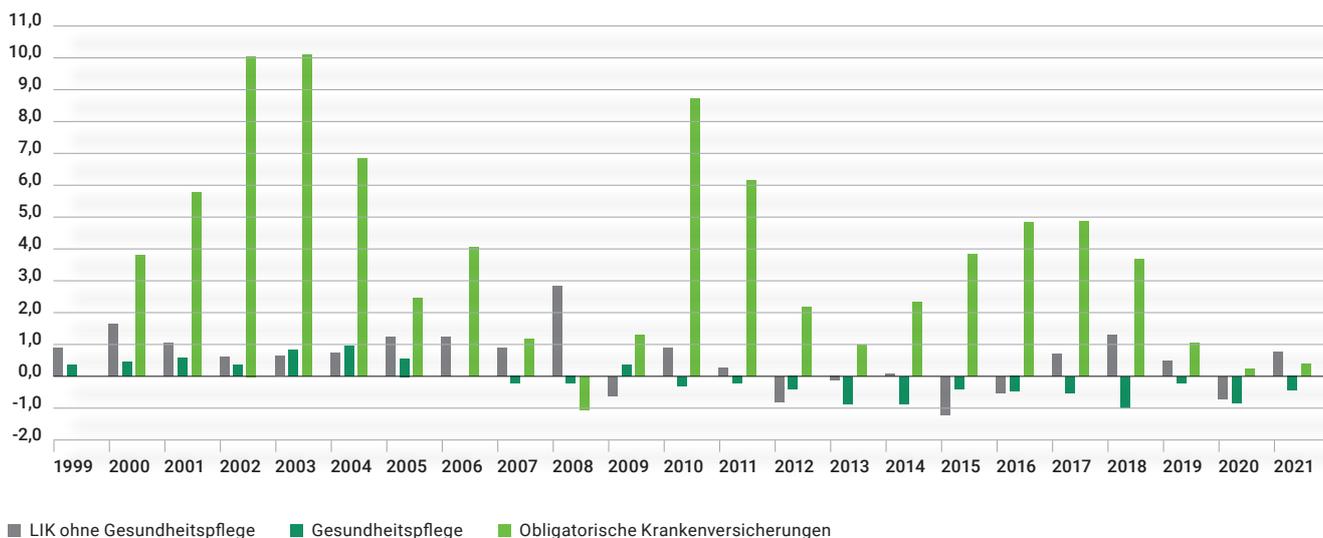
→ Preisniveauindizes in Europa,
2020

Die Schweizer Preise im Bereich Gesundheitspflege waren im Jahr 2020 2,3-mal höher als im EU-Durchschnitt. Für die Auswirkung der Teuerung auf die Haushalte in der Schweiz ist natürlich die Preisentwicklung im Inland ausschlaggebend, aber hohe relative Preise für bestimmte Ausgabekategorien führen dazu, dass diese Ausgaben grosse Anteile an den Gesamtausgaben ausmachen, wodurch solche Preisänderungen finanziell schlechter gestellte Haushalte empfindlich treffen können, ohne dass dies in der LIK-Statistik erkennbar würde.

¹ Diese und die folgenden internationalen Vergleichszahlen sind am 14.1.2022 dem → [Online-Datenportal der Weltbank](#) entnommen und beziehen sich auf das letzte vollständig erfasste Jahr, 2018. Die Pandemie spiegelt sich hier also noch nicht wider.



Teuerung gegenüber Vorjahr in Prozent



Das Bundesamt für Statistik veröffentlicht seit 2003 leider keine Teuerung für verschiedene sozioökonomische Gruppen mehr, und die OKP-Prämienentwicklung ist nicht im LIK enthalten. Ansatzpunkte für eine Gesamtschau bieten aber die Teuerung der Gesundheitspflege im Vergleich zum LIK ohne diese Hauptgruppe sowie der Krankenversicherungsprämienindex, dem die jährliche Prämienentwicklung seit 2000 entnehmbar ist. Zusammen mit der seit 2000 durchgeführten Haushaltsbudgeterhebung, welche ihre Ergebnisse nach verschiedenen Haushaltstypen differenziert, lassen sich insbesondere folgende Befunde erkennen:

- Über die letzten 2 Jahrzehnte haben sich die Gesundheitspflegekosten gemäss LIK anders entwickelt als der Gesamtindex, die Entwicklung von 1999 bis 2021 betrug kumuliert für erstere -2,4 Prozent (-0,15 Prozent im Jahresdurchschnitt), für den LIK ohne den Gesundheitsbereich dagegen 12,4 Prozent (0,5 Prozent im Jahresdurchschnitt). Im gleichen Zeitraum stieg aber der Index für die OKP um ganze 125,7 Prozent (3,8 Prozent im Jahresdurchschnitt). Wie die Abbildung zeigt, sind dafür nicht einzelne Ausreisser verantwortlich. Die Unterschiede sind typisch.
- Nach der aktuellsten Aufschlüsselung der Haushaltsbudgeterhebung betrug im Zeitraum 2015 bis 2017 der Anteil der direkten Gesundheitsausgaben des typischen Haushalts am Bruttoeinkommen 2,6 Prozent, derjenige der OKP 6,5 Prozent, und weitere 1,4 Prozent flossen in Zusatzversicherungen, zusammen also 10,5 Prozent. Für den am stärksten belasteten Haushaltstyp, Paare ab 65 Jahren, war der Anteil der gesamten Gesundheitskosten mit 29,9 Prozent allerdings 2,8-mal so hoch und für den am wenigsten belasteten Haushaltstyp, Paare unter 65 Jahren in der höchsten von 5 Einkommensklassen (mehr als 15 731 Fr. im Monat), mit 5,0 Prozent weniger als halb so hoch wie für den Durchschnittshaushalt. Allgemein steigen die Anteile mit dem Alter, und sie sind höher für niedrigere Einkommensklassen. Die Anzahl im Haushalt lebender Kinder zeigt dagegen keine systematischen Auswirkungen auf den Anteil der Gesundheitsausgaben im Haushaltsbudget.

Diese Befunde sind bemerkenswert. Aus der internationalen Forschung ist bekannt, dass ältere und ärmere Haushalte wegen steigender Gesundheitskosten mit höheren Inflationsraten konfrontiert sind als der durchschnittliche Haushalt. Dies gilt für die letzten 20 Jahre in der Schweiz zwar auch, wird



aber allein durch die Krankenversicherungsprämien getrieben, da die Preise für die direkt von den Haushalten bezahlten Gesundheitskosten tendenziell weniger gestiegen sind als der LIK. Die Betrachtung der Gesundheitskosten im LIK, in welchem die OKP nicht enthalten ist, verbirgt also die steigende Belastung der Ältesten und Ärmsten durch den Preisauftrieb bei den Krankenversicherungsprämien. Damit wird ein sozialpolitisch gewünschter Ausgleich unzureichend, wenn er am LIK ausgerichtet wird, z. B. der AHV-Mischindex (zu 50 Prozent).

→ **Vergleichsstatistik Konsumausgaben Deutschland**

Auffällig ist auch, dass die Anteile der direkt bezahlten Gesundheitskosten am Einkommen in der Schweiz mit zunehmendem Einkommen abnehmen, während es in anderen Ländern typischerweise umgekehrt ist. In der Schweiz dominiert also nicht die Freiheit, sich mit höherem Einkommen einen grösseren Anteil für Gesundheitsausgaben am Budget leisten zu können, sondern Zahlungen mit Zwangscharakter (Franchisen, Zuzahlungen) und hierzulande nicht von der OKP gedeckte Leistungen wie Zahnarztkosten, so dass die weniger gutgestellten Haushalte hierfür einen grösseren Anteil abzugeben müssen als die bessergestellten. ✓

comparipedia

Inflation

Unter dem Begriff Inflation versteht man den allgemeinen Anstieg des Preisniveaus einer Volkswirtschaft über eine bestimmte Zeitspanne. Sie wird auch als Preissteigerungsrate oder Teuerung bezeichnet und geht mit einem realen Wertverlust von Zahlungsmitteln einher. Aufgrund der allgemeinen Verteuerung können mit einer Geldeinheit weniger Güter gekauft werden. Die häufigste Ursache für eine Inflation ist das übermässige Wachstum der Geldmenge, welches auf geldpolitische Massnahmen der Zentralbank zurückzuführen ist. Als Folge übersteigt die zirkulierende Geldmenge das vorhandene Angebot an nachgefragten Gütern. Ein weiterer Inflationsgrund ist beispielsweise die Steigerung der Produktionskosten, welche von den Anbietern durch erhöhte Preise kompensiert wird. Obwohl Inflation auch als Steuerungsmassnahme eingesetzt wird (beispielsweise für den Abbau von Staatsschulden), sind die negativen Folgen weitreichend: Die Kaufkraft sämtlicher Löhne nimmt ab, Sparanlagen verlieren an Wert und der reale Wert von Darlehen sinkt.



Herausgeber

comparis.ch
Birmensdorferstrasse 108
8003 Zürich

comparis.ch

Reaktionen

media@comparis.ch

Über comparis.ch

Mit über 80 Millionen Besuchen im Jahr zählt comparis.ch zu den meistgenutzten Schweizer Websites. Das Unternehmen vergleicht Tarife und Leistungen von Krankenkassen, Versicherungen, Banken sowie Telecom-Anbietern und bietet das grösste Schweizer Online-Angebot für Autos und Immobilien. Dank umfassender Vergleiche und Bewertungen bringt das Unternehmen Transparenz in den Markt. Dadurch stärkt comparis.ch die Entscheidungskompetenz von Konsumentinnen und Konsumenten. Gegründet 1996 vom Ökonomen Richard Eisler beschäftigt das Unternehmen heute über 200 Mitarbeitende in Zürich.

comparis.ch